

# Was uns stark macht: Ideen, Vielfalt, Solidarität.

Zeitung zur Landtagswahl in Sachsen-Anhalt 2016  
für den Landkreis Anhalt-Bitterfeld.

## DIE LINKE.



### Gysi kommt

Wahlkampfabschluss am  
11. März, 16 Uhr, CinemaxX  
im Charlottencenter, Halle  
[www.dielinke-sachsen-anhalt.de](http://www.dielinke-sachsen-anhalt.de)



### Post von Bodo Ramelow an Wulf Gallert

»Du willst das, und Du kannst  
das, davon bin ich fest  
überzeugt.« **Seite 2**

### Für einen starken Land- kreis Anhalt- Bitterfeld!

Unsere Kandidatinnen und  
Kandidaten. Unsere Ideen.  
Unsere Ziele. **Seite 3 bis 6**

## Ich kann. Ich will. Ich werde.

1963 in Havelberg geboren, dort aufgewachsen und der Stadt bis heute verbunden. In Magdeburg und Leipzig studiert, Lehrer geworden, später noch Politikwissenschaften in Magdeburg studiert, in Havelberg ein Jugendzentrum geleitet. Immer politisch gedacht und gehandelt, 1990 mit dem Satz »Jetzt erst recht« politisch aktiv geworden. Erfahrungen in der Kommunalpolitik in Havelberg und Stendal gesammelt und 1994 Landtagsabgeordneter der PDS geworden. Als Parlamentarischer Geschäftsführer acht Jahre lang das Magdeburger Modell mitgestaltet. Dabei gelernt, wie man einen politischen Interessensausgleich herstellt, millionenschwere Landeshaushalte verhandelt, Tabus bricht und an deren Stelle Neues setzt. 2004 Fraktionsvorsitzender der Fraktion DIE LINKE geworden. Op-

position so verstanden und ausgeübt: etwas für die Menschen im Land durchsetzen, ohne die Macht zu haben. Kluge und gute Vorschläge unterbreitet, die sich an den Bedürfnissen und Hoffnungen der Bürgerinnen und Bürger orientieren. Immer Politik für Menschen gemacht und für ein Land, das diesen Menschen mehr als Aufenthaltsort sein soll.

Dieser Mann will und kann Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt werden. Warum sollte man ihn wählen?

#### Weil er eine Idee hat

»Wir wollen im Land eine gute Lebensqualität für alle erreichen, die heute und in Zukunft hier leben wollen. Wir werden eine innovative Wirtschaft entwickeln, die durch gute Arbeit und Kreativität gekennzeichnet

ist. Wir werden soziale Gerechtigkeit herstellen und Vorreiter einer inklusiven Gesellschaft mit einem beispielhaften Bildungssystem sein. Wir werden für die Städte und die ländlichen Regionen eine Perspektive erarbeiten.«

#### Weil er Mut zur Umkehr hat

»Der Staat hat sich aus seiner Verantwortung für die öffentliche Daseinsvorsorge zurückgezogen, stattdessen einseitig auf schnelle Schuldentilgung orientiert. Wir werden den Abbau öffentlicher Leistungen stoppen und umkehren. Schrumpfungspolitik ist keine Lösung, weil sie die menschlichen und unternehmerischen Potenziale aus dem Land vertreibt. Auch für uns soll Neuverschuldung kein Thema sein. Aber einem Land, das in den vergangenen zehn Jahren nur zwei Prozent Wirtschafts-

wachstum aufweisen kann, fehlt es offensichtlich an Kompetenz. Wir können Wirtschaft und werden das unter Beweis stellen.«

#### Weil er klare Ansagen macht

»Wir beenden die Strategie des Billiglohlandes und werden uns für Flächentarife und Arbeitnehmervertretungen in den Betrieben starkmachen und Gewerkschaften unterstützen. Wir stehen für Förderung des Wirtschaftsstandortes statt Subventionierung einzelner Unternehmen. Wir werden die Kommunen stärken, statt sie auszuhungern und am Gängelband zu führen. Wir wollen die Macht, um den Kommunen Gestaltungsspielraum zu geben.«

Wulf Gallert ist bereit für den politischen Wechsel. Und dieser politische Wechsel wird die Stagnation beenden.



### Hass aus Bequemlichkeit

Gespräch mit den Theatermachern Matthias Brenner und André Bückler über die Kraft des Widerstandes, den Wert von Kultur und den Umgang mit Menschen in Not. **Seite 7**



### Kurswechsel für gute Bildung!

Ein Plädoyer von  
Thomas Lippmann und  
Matthias Höhn. **Seite 8**

## Den Wirtschaftsstandort fördern!



Zwei Parlamentarische Untersuchungsausschüsse befassen sich zurzeit im Landtag mit fragwürdigen Praktiken bei der Vergabe von Fördermitteln. Eine der wesentlichen Ursachen für die Fördermittelskandale ist das Fehlen wirklicher Strategien, wohin sich unser Land entwickeln soll. DIE LINKE im Landtag Sachsen-Anhalt formuliert schon seit Jahren ihr politisches Ziel, den Wirtschaftsstandort zu fördern statt Unternehmen zu subventionieren.

Bei einem Gespräch, das ich kürzlich mit Unternehmern in Bitterfeld führte, brachte es der Inhaber von drei Einzelhandelsgeschäften auf den Punkt: »60 Prozent der vom Bund zur Verfügung gestellten Fördermittel flossen in den letzten Jahren an ganze 20 Antragsteller. Diese Fördermittel unterstützen die Großen, die in Konkurrenz zu den Kleineren stehen. Nehmen Sie lieber das ganze Geld und stecken es in eine kostenfreie Kinderbetreuung und Ausbil-

dung, dann haben wir alle mehr davon.« Sicher, Fördermittel lassen sich nicht einfach anders verwenden, aber die Botschaft ist: Ohne Bildungsgerechtigkeit, ohne ausreichendes Personal in der öffentlichen Verwaltung, in Schulen und bei der Polizei, ohne attraktive Kulturangebote, ohne öffentlichen Personennahverkehr, ohne Breitband wird sich die Wirtschaft Sachsen-Anhalts nicht vom Fleck bewegen.

Wulf Gallert

### PREISRÄTSEL

Eine Reise ins Europäische Parlament, ein Besuch des Deutschen Bundestages und ein Wochenende zu zweit in Thüringen zu gewinnen.  
**Letzte Seite**

**Argumente gegen Vorurteile**

**»Schule marode, Straßen kaputt, Schwimmbad geschlossen: Seit Jahren kein Geld in der Stadt, und jetzt sollen noch Flüchtlinge integriert werden?«**  
 Es stimmt, in vielen Städten und Gemeinden verrottet die öffentliche Infrastruktur. Seit Jahren wird nicht mehr ausreichend investiert. Doch das hat nichts mit den Flüchtlingen zu tun. Dass die Kassen vieler Kommunen leer sind, ist geradezu unvermeidlich, wenn Steuern für Reiche und Konzerne gesenkt werden und Steuerflucht nicht wirksam bekämpft wird. Wir sagen: Den Luxus, die wirklich Reichen nicht steuerlich an der Finanzierung des Gemeinwesens zu beteiligen, können wir uns nicht länger leisten.

**»Die meisten fliehen gar nicht vor Krieg, sondern sind Wirtschaftsflüchtlinge, die es auf unsere Sozialleistungen abgesehen haben.«**  
 Nach wie vor sind Terror, Krieg, Verfolgung die häufigsten Fluchtursachen. Fluchtrouten sind meistens sehr gefährlich. Niemand nimmt dieses Risiko nur deshalb auf sich, um hier Sozialhilfe zu beziehen. Flüchtlinge aus den Balkanstaaten sind sehr häufig Sinti und Roma. Zu ihnen sagt der Europarat: »Sie leben in extremer Armut. Dinge, die andere Menschen für selbstverständlich halten, werden ihnen verweigert: Schul- oder Arztbesuch, Arbeit, angemessener Wohnraum.« Sie sind rassistischer Verfolgung ausgesetzt. Die Bundesregierung hat im Herbst weitere Balkanländer als sicher eingestuft, unter anderem den Kosovo. Der ist so sicher, dass dort noch immer die Bundeswehr vor Ort sein muss.

**»Flüchtlinge bekommen so viel Geld, dass sie sich sogar Smartphones leisten können.«**  
 Flüchtlinge erhalten nach der Erstaufnahme bis zum 15. Aufenthaltmonat mit 287 Euro deutlich weniger als Hartz IV. Handys werden häufig bereits mitgebracht und sind für Flüchtlinge kein Symbol für Wohlstand, sondern oft das einzige Mittel, um zum Beispiel mit der Familie zu Hause in Kontakt zu bleiben oder mit Familienmitgliedern, die auf der Flucht an unterschiedlichen Orten gestrandet sind.

**»Wer soll denn die Versorgung all der Flüchtlinge bezahlen?«**  
 Zehn Milliarden wird die Bundesregierung bis zum Ende des Jahres 2016 für Flüchtlingspolitik ausgeben. Rund 317 Milliarden Euro im Jahr betragen die Ausgaben der Bundesrepublik 2016 insgesamt. Gleichzeitig entgehen dem Staat jährlich rund 100 Milliarden Euro durch Steuerflucht. Eine Steuer auf Vermögen über 1 Million Euro würde den öffentlichen Kassen 80 Milliarden Euro Einnahmen bringen, damit wäre ein Sofortprogramm in Höhe von 25 Milliarden Euro finanzierbar.



**Europa muss helfen. Wir müssen helfen!**

Bevor die Menschen kamen, sah man die Bilder. Zehntausende Jersiden bangten im Sommer 2014 um ihr Leben und drohten, im Sindschar-Gebirge zu verdursteten und zu verhungern. Dschihadisten zerstörten die Stätten des Weltkulturerbes aus vorislamischer Zeit. Um die kurdische Stadt Kobanê begann ein erbitterter Kampf. Doch erst einen Sommer später erreichte der Krieg wirklich Europa. Mit der Zahl der Flüchtlinge werden die Verheerungen in Syrien und im Irak wirklich klar. Tausende sind jetzt auf gefährlichen Wegen auf der Flucht. Sie suchen endlich Sicherheit und einen friedlichen Alltag, nach Monaten oder gar Jahren in Flüchtlingslagern,

ohne Perspektive für ein neues Leben, ohne Schule für ihre Kinder, ohne die Möglichkeit, den eigenen Lebensunterhalt zu verdienen. Europa muss helfen. Wir müssen helfen. Dies sehen zum Glück viele Menschen in Deutschland genauso. Hilfsorganisationen und Wohlfahrtsverbände leisten mit großem Engagement dringend notwendige Arbeit. Wir meinen aber auch, staatliche und ehrenamtliche Hilfe muss besser koordiniert werden. Statt aufwändiger »Asylgipfel« sollte eine »Ständige migrationspolitische Konferenz« eingerichtet werden, in der Fachleute und Ehrenamt, migrantische Selbstorganisationen und staatliche

Strukturen verzahnt werden. Gesellschaft verändert sich – auch durch Zuwanderung und auch in Sachsen-Anhalt. Erstmals seit vielen Jahren kommen mehr Menschen ins Land als fortgehen. Das ist durchaus eine Chance. Und die wollen wir nutzen. Die Menschenrechte sind universell, sie gelten für jede und jeden. Willkommenskultur muss für alle da sein – wer als Asylbewerber ausgegrenzt wird, fühlt sich auch als Asylberechtigter nicht willkommen. Dezentrale Unterbringung in Wohnungen bleibt für uns ein wichtiges Ziel. In der momentanen Situation sollte dabei unser Augenmerk auf besonders Schutzbedürftige wie allein reisende Frauen und

Kinder gerichtet sein. Den Alltag der Geflüchteten wollen wir entbürokratisieren, dazu gehören die Einführung der Gesundheitskarte und Servicestellen für Integration in den kommunalen Verwaltungen. DIE LINKE steht an der Seite aller Mutigen und Engagierten und für eine Willkommenskultur. Rassistische Angriffe und Diskriminierung müssen konsequent verfolgt und geahndet werden. Gehen Sie wählen und verhindern Sie mit Ihrer Wahl den Einzug rassistischer und rechtspopulistischer Parteien in den Landtag! Angstmache und Vorurteile brauchen nicht auch noch die Bühne des Parlaments zu ihrer Verbreitung.



**Lieber Wulf,**

in ein paar Wochen wird in Sachsen-Anhalt ein neuer Landtag gewählt. Du bist im April 2015 von Deinem Landesverband als Ministerpräsidentenkandidat nominiert worden, und inzwischen läuft der Wahlkampf auf vollen Touren. Dein Terminkalender wird überquellen, der Tag ist eigentlich immer zu kurz, die Nacht sowieso. Wir kennen das beide, und wir wissen voneinander, dass wir die Kraft für solche Herausforderungen haben.

Übers Regieren muss ich Dir nichts erzählen, Du weißt, wie es ist, Verantwortung für die Entwicklung des Landes zu tragen. Das »Magdeburger Modell«, die Tolerierung einer SPD-geführten Minderheitsregierung durch die PDS, war 1994 für die einen eine Sensation, für die anderen ein Skandal. Die Zusammenarbeit hat acht Jahre lang gute Politik für Sachsen-Anhalt hervorgebracht. Und diese Zeit hat Dich nachhaltig geprägt.

Du weißt, regieren ist kein Selbstzweck, sondern es geht immer um konkrete Verbesserungen für die Menschen im Land. In Sachsen-Anhalt beginnt nun der Prozess, den wir in Thüringen bereits erfolgreich umgesetzt haben. Bevor unsere rot-rot-grüne Koalition die Arbeit aufgenommen hat, gab es vor allem in den Medien viele Debatten. Viele wollten uns erzählen, dass das nicht geht, etwas Neues anzufangen, weil noch nie ein Dreierbündnis erfolgreich regiert habe. Inzwischen haben wir erfolgreich das Gegenteil bewiesen. Rot-Rot-Grün in Thüringen hat gezeigt, dass unsere drei Parteien sehr

gut zusammenarbeiten können. Und bei allem Stolz auf unseren schönen Freistaat möchte ich behaupten: Was Thüringen kann, kann Sachsen-Anhalt auch!

Wir haben in Thüringen viele wichtige Reformprojekte umgesetzt oder auf den Weg gebracht. Nach jahrelangen Debatten hat Thüringen endlich ein Bildungsfreistellungsgesetz, wir haben den Verfassungsschutz reformiert, solidarische Haushalte ohne neue Schulden aufgestellt und wie versprochen im ersten Jahr 500 neue Lehrerinnen und Lehrer eingestellt. Auch Ihr habt vor, die Bildung zu stärken, schon zum Schuljahr 2016/17 mindestens 350 neue Lehrkräfte einzustellen und auf gar keinen Fall weitere Stellen abzubauen. Bildung ist eine richtige und wichtige Investition in die Zukunft, die sich auszahlt!

Lieber Wulf, Ministerpräsident ist kein Job wie jeder andere, man muss das leben. Du willst das, und Du kannst das, davon bin ich fest überzeugt.

**Dein Bodo Ramelow**

# Entscheidungen müssen vor Ort getroffen werden

Kommunen brauchen mehr Eigenverantwortung, mehr Handlungsspielraum, mehr Beteiligungsmöglichkeiten und vor allem mehr Geld



Mein Name ist Gerald Grünert, ich bin gerade 60 Jahre alt geworden, betreue seit 2006 als Mitglied des Landtages den Wahlkreis 23 für DIE LINKE. Sachsen-Anhalt und war im Ausschuss Inneres und Sport, im Petitionsausschuss sowie in der Enquete-Kommission »Öffentliche Verwaltung konsequent voranbringen – bürgernah und zukunftsfähig gestalten« tätig. Mein Bürgerbüro befindet sich in der Jeverschen Straße 15 in Zerbst/Anhalt.

Als kommunalpolitischer Sprecher meiner Fraktion habe ich mich in viele Themen eingearbeitet und Vorschläge unterbreitet, sei es beim neuen Kommunalverfassungsgesetz, beim Kommunalabgabengesetz, beim Finanzausgleichsgesetz oder bei der Verordnung über den Landesentwicklungsplan – um nur einige zu nennen.

Für DIE LINKE. Sachsen-Anhalt sind im Rahmen unseres Wahlprogramms »Ein Land zum Leben. Ein Land zum Bleiben.« gleichwertige Lebensverhältnisse das Ziel unserer Politik. Keine Region darf vernachlässigt oder abgehängt werden.

Im Mittelpunkt meiner politischen Tätigkeit stehen die Sicherung und der Erhalt der Einrichtungen öffentlicher Daseinsvorsorge. Sie sichern den diskriminierungsfreien Zugang aller zu den grundlegenden Dingen des Lebens: öffentliche Einrichtungen für Kinderbetreuung, Schulbildung, Kinder- und Jugendarbeit, Seniorenbegegnungsstätten, Kultur und Sporteinrichtungen, öffentlicher Personennahverkehr, medizinische Versorgung und demokratische Teilhabe an politischen Prozessen.

Grundlage dessen sind eine angemessene Finanzausstattung und die Stärkung der Einnahmepotenziale der Städte und Gemeinden sowie der Landkrei-

se. Ich setze mich für eine Korrektur des Finanzausgleichsgesetzes ein, um den Städten und Gemeinden wieder mehr Entscheidungsspielraum zur Entwicklung ihrer kommunalen Infrastruktur zu geben. Konsolidierungserfolge sollen im Gemeindehaushalt verbleiben und nicht über gekürzte Landeszuschüsse ausgeglichen werden.

## Neue Lösungsansätze nicht länger ignorieren

Die Beteiligung der Einwohnerschaft an den Aufwendungen für den Erhalt und Ausbau kommunaler Infrastruktur in Form von Beiträgen und Gebühren ist sozialverträglich, transparent sowie zeitlich und wirtschaftlich nachvollziehbar zu gestalten. Im Rahmen der Novellierung des Kommunalabgabengesetzes (KAG-LSA) wurde deutlich, dass der unterstellte sogenannte persönliche Vorteil durch die derzeitigen rechtlichen Regelungen nicht mehr das tragende Moment ist, stattdessen nur eine quantitative Einnahmebeschaffung darstellt. Während die Verwaltungen der Zweckverbände kaum oder gar nicht in Verantwortung für fehlerhafte Investitionsentscheidungen genommen werden, werden deren Auswirkungen unmittelbar den Bürgern übergeholfen. Qualitative Parameter, wie die Einbeziehung der Ressourcensenkung durch eigenes Verhalten, eine der Siedlung angepasste Lösungsvariante oder ökologische Ertüchtigung bestehender Anlagen, werden ausgeblendet.

Bisherige Lösungsansätze einer größtenteils zentralen Verantwortung und Entsorgung im Bereich von Wasser, Abwasser, Fernwärme, Breitband, Elektrizität sowie Telefonie sind hinsichtlich ihrer Wirtschaftlichkeit zu überprüfen und den örtlichen Gegebenheiten entsprechend anzupas-

sen. Kritisch sind besonders die Sanktionsfähigkeit/-losigkeit von unterlassenen Behördenhandeln sowie die Festsetzung der Gebührenhöhen und deren Nachvollziehbarkeit zu bewerten. Die Verjährungsfristen sind entsprechend der Abgabenordnung auf maximal vier Jahre zu beschränken und noch bestehende Ausnahmeregelungen auszuschließen.

Aus diesem Aufriss ergibt sich auch eine höhere Anforderung an die örtlichen Verwaltungen und Räte. Deren Handeln muss flexibler sein, und dafür braucht es besser ausgebildete Verwaltungsfachkräfte. Zudem muss die Kommunikation zwischen Verwaltung, Politik und Bürgerschaft verbessert und transparenter werden.

## Bürgerinnen und Bürger einbeziehen

Unser Ziel ist, dass Entscheidungen, die Bürgerinnen und Bürger unmittelbar betreffen, auch vor Ort gefällt werden. Das verlangt eine Modernisierung der Verwaltung und eine Funktionalreform der Aufgabenteilung zwischen Land, Landkreisen, Städten und Gemeinden, die diesen Namen auch verdient. DIE LINKE. Sachsen-Anhalt spricht sich für ein hohes Maß an kommunaler Eigenverantwortung aus. Kommunale Selbstverwaltung verlangt eine ständige Überprüfung der Standards auf unnötige Rechtsvorschriften und überzogene, staatlich normierte Standards. Für uns ist ein Deregulierungsgesetz zwingend geboten, das dem Grundsatz folgt, den Entscheidungsspielraum so offen wie möglich und die Vorgabe von Standards so klein wie nötig und vertretbar zu halten.

Wir wollen mehr Mitbestimmung, über das passive Wahlrecht ab 16 Jahren hinaus. Wir treten für ein aktives Wahlrecht

ab 14 Jahren bei Landtagswahlen ein und für eine weitere Absenkung der Zustimmungswerte bei Volksentscheiden. Zudem ist das Wahlrecht in den Gemeinden zur Einführung eines Ortschaftsrates oder eines Ortsvorstehers unabhängig von der Einwohnerzahl zu gewährleisten, die Einführung von Stadtbezirksvertretungen in Städten ist zu ermöglichen, und die Bedingungen für das kommunale Ehrenamt sind zu stärken. Dies betrifft Fragen der Sozialversicherungsfreiheit sowie der Zweckgebundenheit von Aufwandsentschädigungen kommunaler Mandatsträger und ehrenamtlicher Bürgermeister sowie kommunaler Hilfs- und Rettungsdienste wie auch Fragen zur rechtlichen Stärkung und materiellen Sicherstellung der Arbeit kommunaler Mandatsträger.

DIE LINKE sieht im Petitionsrecht sowohl eine aktive Einbeziehung als auch eine kritische Hinterfragung von Gesetzen und deren Auswirkungen. Das Petitionsrecht ist aus der Nische des »Gnadenrechts« in ein Gestaltungsrecht der Bürgerinnen und Bürger zu überführen. Dazu bedarf es eines Petitionsgesetzes, das bei berechtigten Interessen und Anregungen auch die Regierung in ihrem Handeln bindet. Gleichfalls werden damit auch die parlamentarischen Rechte der Petitionsausschüsse bei der Durchsetzung der berechtigten Interessen der Bürgerinnen und Bürger gestärkt.

## Mit dem Gesicht zu den Menschen

Ich beziehe mich bei meinen politischen Themen auf die Kernfragen des Lebens- und Wohnumfeldes der Bürgerinnen und Bürger. Unter der Überschrift »Mit dem Gesicht zum Volke«, einem Lied von Gerhard Schöne, möchte ich gemeinsam mit Ihnen nach Lösungen für eine gedeihliche Entwicklung unserer Städte und Gemeinden suchen. Ich möchte viele Menschen zu einem aktiven Mittun ermutigen und öffentlich Rechenschaft ablegen über meine Arbeit als Mitglied des Landtages und Ansprechpartner der Menschen im Wahlkreis 23.

Sie, liebe Bürgerinnen und Bürger, haben mir bereits zweimal Ihr Vertrauen ausgesprochen, und daher werbe ich nochmals um Ihre Unterstützung bei der Landtagswahl am 13. März 2016. Geben Sie mir als Direktkandidaten Ihre Erststimme und wählen Sie mit der Zweitstimme die Partei DIE LINKE.

Ihr Gerald Grünert



**Gerald Grünert**  
Wahlkreis 23  
Zerbst

*Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,*

*mit der Landtagswahl am 20. März 2011 haben Sie mir und der LINKEN für die sechste Legislaturperiode Ihr Vertrauen ausgesprochen, und nun bitte ich Sie erneut um Ihre Stimme. Die Fraktion DIE LINKE wird auch weiterhin im Landtag mit parlamentarischen Initiativen auf die vielfältigsten Problemfelder eingehen und sie immer wieder zur Sprache bringen. Dafür benötigen wir weiterhin Ihre Unterstützung.*

*Ich setze auch in Zukunft auf Ihre Mitarbeit und lade Sie hiermit recht herzlich ein, sich im Wahlkreis mit Ihren Vorstellungen, Hinweisen und Ihrer Kritik gemeinsam mit mir aktiv einzubringen. Sollten Sie interessiert sein, dann kommen Sie einfach zu den Sprechstunden in mein Wahlkreisbüro oder rufen Sie an. Auf Wunsch komme ich auch zu Ihnen.*

*Ihr Gerald Grünert*

Gerald Grünert  
DIE LINKE. Kreisverband  
Anhalt-Bitterfeld  
Jeversche Straße 15  
39321 Zerbst/Anhalt  
Tel., Fax: 03923/48 6278  
gerald-gruenert-wkb@t-online.de  
[www.gerald-gruenert.de](http://www.gerald-gruenert.de)



**Bitte unterstützen Sie uns.**  
DIE LINKE. Landesverband  
Sachsen-Anhalt  
Deutsche Bank, IBAN:  
DE09 8107 0024 0118 8259 01  
Verwendungszweck: SPENDE



**Dagmar Zoschke**

Wahlkreis 29

Bitterfeld

*Liebe Bürgerinnen und Bürger,*

*meine Wohnung ist barrierefrei, ich komme überall ran, kann alles selbst erledigen und benötige auch keine Hilfe, wenn ich das Haus verlasse und ins Kino will. Das taktile System bringt mich bis zur Bushaltestelle oder auch bis zur U-Bahn. Dort komme ich hin, ohne um Hilfe bitten zu müssen, weil alles so gestaltet ist, dass ich mit dem Rollstuhl, als Sehbehinderte oder als Gehörlose geleitet werde. Spontan kann ich verreisen, es sind überall die gleichen Verhältnisse. Einfache Sprache und Rückzugsräume für seelisch Eingeschränkte sind eine Selbstverständlichkeit. Ich kann Museen, Ausstellungen, Theater, Kinos, die Schule, die Hochschule, die Arbeitsstätte, das Sportzentrum, den Arzt meiner Wahl, das Krankenhaus und auch den Park gemeinsam mit meinen Freunden besuchen, andere Kulturen kennenlernen und erleben, und keiner stiert mich an, weil ich anders bin. Anders sein ist normal. So könnte die inklusive Zukunft aussehen. Nicht Sonder- und Ausnahmeregeln, sondern der Regelfall: Alles weitestgehend ohne fremde Hilfe nutzen zu können, anerkannt zu sein, mit seinen Stärken und auch Schwächen, teilzuhaben an allem und dies jederzeit, wäre doch toll. Wir können und müssen Mosaikstein für Mosaikstein Veränderungen herbeiführen. Zuerst muss die Inklusion in die Köpfe. Da haben wir noch viel zu tun. Den Blick schärfen für die kleinen und großen Barrieren, für die Vielfalt unseres Lebens und die Vielfalt der Menschen und deren Akzeptanz – das sind solche Mosaiksteine. Erst wenn wir aufeinander zugehen, voneinander lernen, uns zuhören und miteinander verändern, kommen wir dieser Vision näher.*

*Ihre Dagmar Zoschke*

Dagmar Zoschke  
DIE LINKE. Kreisverband  
Anhalt-Bitterfeld  
Kirchstraße 2  
06749 Bitterfeld-Wolfen  
Telefon: 03493/40 15 94  
mail@dagmar-zoschke.de

# Wie weit ist es bis zum Arzt?

Für viele zu weit, auch wenn Statistiken etwas anderes sagen

Zur Daseinsvorsorge gehört zweifelsohne auch die medizinische ambulante und stationäre Versorgung in unserem Land. Langes Warten auf einen Termin, volle Wartezimmer, und damit auch hier langes Warten, sind für viele in unserem Land Teil ihrer Lebenswirklichkeit. Auf der anderen Seite wird statistisch nachgewiesen, dass die Pro-Kopf-Versorgung mit Ärztinnen und Ärzten in Sachsen-Anhalt noch nie so gut war wie gegenwärtig. Was stimmt denn nun? Wahrscheinlich beides. Die Verteilung von niedergelassenen Ärzten, die unterschiedliche Ausgestaltung des öffentlichen Personennahverkehrs, die Altersstruktur der Bevölkerung – die auch vor Ärztinnen und Ärzten nicht Halt macht – und die zum Teil sehr hohen Dokumentationspflichten der niedergelassenen Ärzteschaft sowie der gestiegene Betreuungs- und Beratungsbedarf von Patientinnen und Patienten nehmen Zeit in Anspruch und stehen für einen Teil des Problems. Zeit möchte sich ja wohl auch jede Ärztin, jeder Arzt nehmen. Deshalb begrüßen wir ausdrücklich die für Ärztinnen und Ärzte entlastenden Dienste, wie sie uns als Programme AGnES oder VerAH bereits bekannt und vertraut sind. Darüber hinaus ist für uns als LINKE das Krankenhaus mehr

als ein Gebäude, aus dem wir gesund entlassen werden. Das Krankenhaus ist Zentrum, Initiator und Motor der regionalen Gesundheitskonferenzen. Diese ständigen Einrichtungen erfassen, handeln aus und legen fest, was die Region an medizinischer Versorgung, an Vorsorgemaßnahmen, an Nachsorgeeinrichtungen, an Betreuung und Beratung, an Akteuren benötigt. Sie sensibilisieren und mobilisieren neben den handelnden Akteuren auch die Bevölkerung. Darüber hinaus ist es vor Ort am konkretesten machbar, die

Schnittstellen zwischen stationärer und ambulanter Versorgung, an vor- und nachstationärer Betreuung und Behandlung gemeinsam zu koordinieren und zu gestalten. Auch wir, genauso wie die Politik überhaupt, können keine zusätzlichen Ärzte backen. Aber Politik kann die Rahmenbedingungen dafür verändern und verbessern, wie medizinische Versorgung als Daseinsvorsorge im Miteinander gestaltet werden kann. Für uns sind diese regionalen Gesundheitskonferenzen eine Möglichkeit, vor

Ort mit den jeweils Handelnden konkrete Maßnahmen zur Verbesserung von Gesundheit, medizinischer und sozialer Betreuung zu erreichen. Für diesen Aushandlungsprozess gehören alle an einen Tisch. Und selbstverständlich muss es uns gelingen, die Krankenhauslandschaft zu erhalten und zu sichern. Dazu gehören zuallererst Überlegungen, die sich mit dem Investitionsbedarf beschäftigen und die den sehr hohen Investitionsstau beseitigen.

Dagmar Zoschke



# Wie Neues entstehen kann

Netzwerke sind wichtig, wenn Menschen ihre Interessen selbst vertreten wollen

Der Wahlkreis 29 ist ein Wahlkreis, der einen starken Strukturwandel erlebt hat. Er war einst vor allem geprägt von der chemischen Produktion, der Braunkohle und dem Industrie-rohrbau. Nach 1989 gab es eine kurze Blütezeit, einhergehend mit der Entwicklung um Solar Valley. Ich bin Dagmar Zoschke, vor über 50 Jahren genau hier geboren und aufgewachsen und bis 1977 zur Schule gegangen. Nach dem Studium kam ich als

Lehrerin wieder zurück nach Bitterfeld. Hier habe ich eine Familie gegründet, hier ist mein Sohn aufgewachsen, hier habe ich als Lehrerin, als Kindergärtnerin und viele Jahre auch als Mitarbeiterin von verschiedenen Landtagsabgeordneten gearbeitet. Mir war und ist wichtig, Rahmenbedingungen und Möglichkeiten dafür zu schaffen, dass Menschen sich selbst einbringen, Ideen entwickeln und ihre Lebensbedingungen gestalten können.

Mir ist ebenso wichtig, dass sie sich selbst vertreten können. Als Vorsitzende des Ausschusses für Soziales und Gesundheit im Kreistag Anhalt-Bitterfeld habe ich gemeinsam mit Interessierten den Beirat für Menschen mit Behinderungen im Landkreis Anhalt-Bitterfeld gegründet, um genau diesen Selbstvertretungsanspruch, in Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention, verwirklichen zu helfen. Wichtig ist, Netzwerke zu schaffen und die losen Enden einer Problemlage so zu verbinden, dass die handelnden Akteure tatsächlich zu Beteiligten an den Prozessen werden. Ich bin gern Netzwerkerin. Man sieht, wie Menschen im gemeinsamen Agieren ihre Ansichten verändern, Probleme erkennen und aufeinander zugehen. In den vielen Jahren habe ich noch nie erlebt, dass solche Versuche gänzlich scheiterten. Nicht immer war ich, waren die Beteiligten mit allen Ergebnissen zufrieden, aber in den meisten Fällen wurden Probleme gelöst und es ist Neues entstanden. Und was beinahe noch wichtiger ist: Mit dem Verknüpfen der Enden haben sich neue Beziehungen entwi-

ckelt, haben Menschen ihre Arbeitsweisen miteinander gestaltet, und das Netzwerk hat sich erweitert. Gerade im Bereich der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention sind diese Netzwerke unentbehrlich. Sie ermöglichen die Sensibilisierung aller Handelnden im öffentlichen und im privaten Bereich und verbessern die Möglichkeiten auf dem Weg zu einer inklusiven Gesellschaft. Neben dieser Arbeit hat mich in den vergangenen fünf Jahren als Mitglied des Landtages die Gesundheitspolitik beschäftigt. Besonders am Herzen liegen mir die Sicherung vor allem der kommunalen und öffentlichen Krankenhausstandorte, die Sicherung der medizinischen Versorgung im ländlichen Raum oder die Freigabe von Cannabis als medizinisches Produkt für Schwerkranke. Dafür muss Politik die Rahmenbedingungen schaffen, müssen Möglichkeiten eröffnet werden, dass Menschen für sich selbst handeln und sich für die Durchsetzung ihrer Interessen vernetzen können. Dafür trete ich an.

Dagmar Zoschke



# Erneuerbare Energien sind entscheidend für die Zukunft unseres Landes

Liebe Wählerinnen und Wähler, mein Name ist Udo Mölle, ich wurde 1955 in Zscherndorf geboren. Nach der Schule nahm ich 1971 ein Lehramtsstudium für die Fächer Deutsch, Mathematik und Musik am Institut für Lehrerbildung in Halle (Saale) auf und schloss es 1975 erfolgreich ab.

Nach meinem Studium arbeitete ich an verschiedenen



Schulen, 1982 wurde ich im Jugendverband FDJ Kultur- und 1. Sekretär. Seit 1990 arbeite ich in einer Förderschule für geistig behinderte Kinder. 1994 traten besorgte Bürgerinnen und Bürger meines Heimatortes an mich heran, ob wir mit einer Bürgerinitiative nicht den Ausverkauf unseres Ortes verhindern können. Wir stellten als »Parteiunabhängige Bürgerinitiative Zscherndorf« nach der Kommunalwahl 1994 auf Anhieb den Bürgermeister und die stärkste Fraktion im Gemeinderat. Fünf Jahre später wurde ich von der PDS gefragt, ob ich nicht für den Kreistag Bitterfeld kandidieren würde. Mit dem Einzug in den Kreistag stellten sich neue und größere Herausforderungen an mein kommunalpolitisches Engagement. Seitdem Sandersdorf und Brehna eine Stadt geworden sind, bin

ich Fraktionsvorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat. Hier begleiten wir – oft im Einvernehmen mit der Verwaltung, oft jedoch auch sehr kritisch – die Entwicklungen in unserer Stadt.

Seit 2010 engagiere ich mich verstärkt im Bereich Wirtschaftspolitik, vor allem im Bereich erneuerbare Energien, da sie wesentlich über die Zukunft unserer Daseinsvorsorge entscheiden werden. Deshalb trete ich für bezahlbare Stromkosten, für die Gründung von Bürger-Solargenossenschaften in meinem Wahlkreis 28 an. Die jetzige Landesregierung unter Führung der CDU hat unser Land von einer nachhaltigen, wirtschaftlichen Entwicklung abgekoppelt. Das beweisen die Zahlen der letzten zehn Jahre im Vergleich zum Wirtschaftswachstum der Länder Brandenburg, Sachsen, Thürin-

gen und Mecklenburg-Vorpommern. Ich stehe für ein friedliches Sachsen-Anhalt, in dem keine NATO-Truppen stationiert werden und das nicht als Aufmarschgebiet Richtung Osten genutzt wird! Ein Land, in dem der Zwei-plus-Vier-Vertrag in Gänze umgesetzt werden muss. Deshalb brauchen wir einen Regierungswechsel am 13. März 2016! »Ein Land zum Leben. Ein Land zum Bleiben.« Dafür und mit dem Programm unserer Landespartei trete ich zur Landtagswahl 2016 in meinem Wahlkreis an und möchte das Direktmandat gewinnen. Deshalb werbe ich um Ihre Stimme und die Ihrer Familienangehörigen, Arbeitskolleginnen und -kollegen, Nachbarinnen und Nachbarn und Freunde!

Ihr Udo Mölle



**Udo Mölle**  
Wahlkreis 28  
Wolfen

*Der Wahlkreis 28 steht in den kommenden Jahren vor großen Herausforderungen. In den einzelnen Ortsteilen lässt es sich gut leben, aber es gibt auch vielfältige Probleme, die zu bewältigen und zu lösen sind. Dafür möchte ich mich gemeinsam mit Ihnen einsetzen. Durch meine Kontakte zur Landes- und Bundespolitik bin ich in der Lage, direkten Einfluss auf landes- und bundespolitische Aktivitäten zu nehmen. Ihre Bedürfnisse, Ihre Interessen und Wünsche sind bei mir in guten Händen. Sie haben es in der Hand, ob sich die Politik in Sachsen-Anhalt ändern wird. Nutzen Sie bitte diese Chance, gehen Sie wählen!*

Udo Mölle  
DIE LINKE. Kreisverband  
Anhalt-Bitterfeld  
Postfach 1342  
06733 Bitterfeld  
udomoelle@  
teleson-mail.de  
www.udo-moelle.de

## Zehn Punkte für meinen Wahlkreis

- Eine bessere und gleichmäßigere Finanzausstattung durch Bund und Land. Genug gekürzt!
- Demokratische Mitbestimmung von Einwohnerinnen und Einwohnern. Einbeziehung aller in anstehende Entscheidungen!
- Erschwinglicher Wohnraum. Kommunale Wohnungsunternehmen stärker einbinden. Mieterrechte stärken!
- Den öffentlichen Personennahverkehr entwickeln. Schnelle Verbindungen und niedrige Fahrpreise!
- Bessere Verbindung zwischen den Ortsteilen. Rad- und Wanderwege miteinander verknüpfen!
- Verbesserung der Kita-Versorgung. Mehr und bezahlbare Kita-Plätze!
- Erhalt der Grundschulen. Kurze Wege für kurze Beine!
- Zusammenarbeit mit Nachbarkommunen und Landkreis zur Vorsorge gegen Hoch- und Grundwasser. Stärkung der Befugnisse der Wasserwehren!
- Sicherheit für Bürgerinnen und Bürger ausbauen. Anzahl der Kontaktbereichsbeamten erhöhen!
- Ausbau und Unterstützung des Vereinslebens in allen Bereichen von Jugend, Senioren, Kultur und Sport. Aktive Förderung des Ehrenamtes!



## Solargenossenschaften gründen, Solarstrom nutzen



Durch die Stilllegung von sieben Atomkraftwerken nach dem Super-GAU von Fukushima (Japan) war unser Land auf einem guten Weg, über die erneuerbaren Energien weltweit seinen Wissensvorteil und die Technologie in andere Länder oder Kontinente zu exportieren. Dies geschah jedoch nicht. Im Gegenteil: Das EEG (Erneuerbare-Energien-Gesetz) wurde durch CDU-FDP und CDU-SPD mehr und mehr verwässert. Dies kostete Arbeitsplätze und den wissenschaftlichen Vorlauf! Deshalb trete ich dafür ein, dass alle Wohnungsgenossenschaften und die Stadtwerke in meinem Wahlkreis sich dieser Aufgabe stellen und mit ihren Mietern

bzw. Kunden entweder Solargenossenschaften gründen oder in Eigenregie Solaranlagen auf den Dächern ihrer Wohnblocks errichten. So sind Eigeneinspeisung und Speicherung von Solarstrom zu einem Strompreis unterhalb von 22 Cent/kWh und über einen garantierten Zeitraum von mindestens 60 Monaten möglich. Damit nehmen wir unsere Bürgerinnen und Bürger mit auf den Weg, unser Land unabhängig von Atomstrom zu machen, dessen Folgen für unsere Kinder und Enkelkinder unberechenbar sind. Und dafür brauchen wir einen Regierungswechsel am 13. März 2016!

Udo Mölle



*»Flüchtlinge, Migranten und Asylsuchende kämpfen hier um Akzeptanz und Perspektiven. DIE LINKE. Sachsen-Anhalt steht dabei an ihrer Seite. Als konsequente Friedenspartei nehmen wir auch die Ursachen von Krieg und Vertreibung in den Blick. Wir lehnen Krieg als Mittel der Politik ab. Wir brauchen ein Europa der Solidarität und der Menschlichkeit. Die europäische Flüchtlingspolitik muss sich auf den Schutz des Einzelnen und nicht auf die Verfeinerung von Abschottungssystemen konzentrieren.«*

Aus dem Wahlprogramm zur Landtagswahl 2016, DIE LINKE. Sachsen-Anhalt



**Christina Buchheim**  
Wahlkreis 22  
Köthen und Stadt Könnern

*Liebe Bürgerinnen und Bürger,*

*Kinderbetreuung, Mittagessen und Schulumilch, Schülerbeförderung für alle Kinder – dass dies alles kostenlos sein könnte, ist angesichts der Finanzausstattung der Kommunen leider eine Wunschvorstellung.*

*Stattdessen kämpfen wir heute für den Erhalt von Grundschulen und bessere Bedingungen in der Kinderbetreuung und in der Schülerbeförderung. Wichtiger ist mehr denn je, ausreichend Lehrkräfte und Schulsozialarbeiter in Sachsen-Anhalt zu beschäftigen, um die Unterrichtsversorgung zu sichern und unseren Kindern eine gute Schulbildung zu ermöglichen.*

*Seit Jahren kämpfen wir unter dem Motto »Kurze Beine – kurze Wege« für den Erhalt wohnortnaher Kinderbetreuung und Schulen. Auch hier sieht die Realität aufgrund der Schließungen von Kindertagesstätten und Schulen anders aus. Wir wollen den Bestand der Schulen sichern und nicht durch Größenvorgaben des Landes und die Fördermittelpolitik von CDU und SPD gefährden.*

*Lange Schulwege lassen die Kosten der Schülerbeförderung steigen. Weite Wege bedeuten früheres Aufstehen, Schulaufgaben können erst später erledigt werden, die für einen Ausgleich dringend nötige Freizeit wird damit ebenfalls verkürzt, und Freizeitaktivitäten der Kinder bleiben auf der Strecke. Kinder werden unnötigem Stress ausgesetzt; das wirkt sich auf die Gesundheit und das Lernverhalten der Kinder aus.*

*Ihre Christina Buchheim*

*Christina Buchheim  
DIE LINKE. Kreisverband  
Anhalt-Bitterfeld  
Postfach 1342  
06733 Bitterfeld  
christina-buchheim@t-online.de  
www.christina-buchheim.de*

# Juristin mit kommunalpolitischer Erfahrung

»Ich möchte für die Bürgerinnen und Bürger eine Ansprechpartnerin auf Augenhöhe sein.«

Mein Name ist Christina Buchheim. Ich wurde 1970 in Köthen geboren, besuchte dort die EOS und nahm im Jahre 1990 an der Martin-Luther-Universität Halle ein Studium der Rechtswissenschaften auf. 1997 schloss ich es mit dem zweiten juristischen Staatsexamen ab.

Seit 1998 bin ich als angestellte Rechtsanwältin in einer haleschen Rechtsanwaltskanzlei tätig. Nach der Geburt meiner Zwillinge im Jahr 2002 bin ich in meine Heimatstadt Köthen zurückgekehrt, wo ich derzeit eine Zweigstelle als angestellte Rechtsanwältin betreibe. Durch den Rückhalt meiner Familie war es mir möglich, meine berufliche Tätigkeit in Vollzeit auszuüben. Dadurch habe ich aber auch den Spagat zwischen Familie und Beruf hautnah erlebt.

Seit 1992 engagiere ich mich mit viel Leidenschaft in der Kommunalpolitik. So verfüge ich über langjährige kommunalpolitische Erfahrungen als Stadt- und Kreisrätin. Seit 2009 bin ich stellvertretende Fraktionsvorsitzende unserer Stadtratsfraktion, Mitglied des Hauptausschusses und seit 2014 Ausschussvorsitzende des Sozial- und Kulturausschusses der Stadt Köthen.

Meine Freizeit verbringe ich gern mit meiner Familie, mit Freunden, am liebsten in der Natur und unserem Garten. Meine Kinder sind in ihrer Freizeit in verschiedenen Vereinen aktiv. Da meine Zeit über die Woche sehr begrenzt ist, versuche ich, möglichst viel Zeit an den Wochenenden mit ihnen zu verbringen. So begleite ich sie zu Wettkämpfen und unterstütze die Vereinsarbeit.

## Bürgernähe und Partizipation

Durch meine kommunalpolitischen Erfahrungen gestärkt, habe ich mich entschlossen, für den Landtag zu kandidieren. Als Angestellte in der freien Wirtschaft bin ich seit Jahren nah dran an den Problemen von Bürgern, Arbeitnehmern, Handwerkern, aber auch von Unternehmern. Ich möchte als Kandidatin aus der Mitte der Gesellschaft die Interessen der Menschen im Wahlkreis vertreten – und zwar mit Engagement, Sachlichkeit und Bodenständigkeit. Bürgernähe und Partizipation sind für mich die Grundpfeiler guter politischer Arbeit. Köthen ist meine Heimatstadt. Hier fühle ich mich den Menschen und der Umgebung verbunden und verpflichtet. Zu meinem Wahlkreis gehören neben meiner Heimatstadt vom Landkreis Anhalt-Bitterfeld die Gemeinde Stadt Südliches Anhalt und vom Salzlandkreis

die Stadt Könnern. Hier will ich mich für die Sicherung der Daseinsvorsorge und bessere Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen stark machen. Ich möchte Anlaufstelle für deren Belange und Ansprechpartnerin auf Augenhöhe sein.

Die CDU-geführte Landesregierung hat eine Kahlschlagpolitik in den Bereichen Bildung, Kultur und Soziales betrieben. Damit muss Schluss sein. Die Absicherung der Daseinsvorsorge, gleichwertige Lebensverhältnisse, leistungsfähige Kommunen und soziale Gerechtigkeit sind Grundsätze meiner Partei und werden Grundlage meiner Arbeit sein.

## Sozialer regieren, Gewalt nicht tolerieren

Gerade in der heutigen Zeit bin ich froh, in einer Partei zu Hause zu sein, die sich konsequent für Frieden und Abrüstung einsetzt. Trotz vieler Missstände

ist Deutschland ein reiches und wirtschaftlich starkes Land. Angesichts der derzeitigen Flüchtlingsdebatte ist es umso wichtiger, Hass und Gewalt nicht zu tolerieren, Rassismus und Neozismus entgegenzutreten.

Vieles kann und muss getan werden, um die Situation der Flüchtlinge menschenwürdig zu gestalten. Vor allem muss verhindert werden, dass die Flüchtlingskrise für eine neue Welle von Sozialabbau und Lohndumping missbraucht wird. DIE LINKE. Sachsen-Anhalt hat mit ihrem Wahlprogramm ein Konzept vorgelegt, wie man das Land sozialer und gerechter regieren kann, dafür trete ich bei der Landtagswahl am 13. März 2016 an.

»Ein Land zum Leben. Ein Land zum Bleiben.« – das soll Sachsen-Anhalt sein. Mit diesem Motto tritt meine Partei, DIE LINKE, der ich seit 2008 angehöre, zur Landtagswahl an. Dafür stehe ich und werbe um Ihre Stimmen!



## Prekäre Personalsituation bei der Polizei gefährdet die öffentliche Sicherheit

Der Wahlkampf hat mittlerweile nach jahrelanger Sparpolitik zu einem Umdenken der Regie-

rungsparteien geführt. Der massive Stellenabbau soll wieder rückgängig gemacht werden.

Noch im Oktober 2015 hatte DIE LINKE einen Änderungsantrag für den Nachtragshaushalt gestellt, um den Einstellungskorridor im Bereich der Kriminal- und Schutzpolizei um weitere 100 Vollzugsbeamtinnen und Vollzugsbeamte zu erhöhen und damit der prekären Personalsituation bei der Polizei Rechnung zu tragen. Der Änderungsantrag wurde von der Koalition abgelehnt. Nun rudern CDU und SPD zurück und vollziehen eine Kehrtwende mit verschiedenen Konzepten. Bis ein Streifenwagen in Sachsen-Anhalt am Einsatzort ist, vergeht immer mehr Zeit. Knapp 24 Minuten sollen es im Landesdurchschnitt sein. Der Schutz der Bürgerinnen und Bür-

ger vor rechtswidrigen Eingriffen ist eine verantwortungsvolle Aufgabe der Politik. Zur Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit und zur Bewältigung der immer umfangreicheren Aufgaben ist eine deutliche personelle Aufstockung der Polizei erforderlich. Wichtig ist, die Ausbildungskapazität in Sachsen-Anhalt anzupassen. DIE LINKE setzt auf leistungsstarke Polizeireviere in jedem Landkreis und in jeder kreisfreien Stadt und will die Wiedereinführung der Polizeistationen prüfen. Es geht darum, der Polizei in Sachsen-Anhalt und der Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit so schnell wie möglich verlässliche Perspektiven zu eröffnen.



# Hass aus Bequemlichkeit

Ein Gespräch mit Matthias Brenner, Intendant des Neuen Theaters in Halle, und André Bückner, bis 2015 Generalintendant des Anhaltischen Theaters in Dessau



**2013 haben in Sachsen-Anhalt Tausende gegen die von der Landesregierung geplanten Kürzungen bei der Kultur protestiert. Wie steht es heute um die Kultur im Lande?**

**André Bückner:** Es ging ja nicht nur um Kunst und Kultur, es ging auch um die Bildungslandschaft, die Wissenschaft, die Hochschulen. Das ist etwas gewesen, das eine seltene Einigkeit hergestellt hat. Wenn ich mich erinnere, mit wie vielen Menschen wir hier auf dem Universitätsplatz in Halle waren, mit Studenten, Theaterleuten, Museumsleuten, Bibliotheksleuten. Und ich habe in der Zeit auch immer gesagt: Das ist der Rohstoff des Landes – Kultur, Bildung, Kunst, Wissenschaft. Das zählt auch heute noch und müsste in die Zukunft entwickelt werden. Was könnte man schaffen, wenn man diese Leute liebe und ihnen Möglichkeiten gäbe.

**Matthias Brenner:** Wir können es nur von zwei Seiten ändern. Es muss in der Bevölkerung eine Begehrlichkeit geben. Und es muss, wenn es einen Machtwechsel geben sollte, einen Politikwechsel, auch eine Befähigung geben, eine Atmosphäre zu schaffen, in der sich ein

Land selber am Kragen und am Hosenboden gleichzeitig aus der Scheiße ziehen kann. Da ist so viel Potenzial. Eine Stadt in dieser Größenordnung kenne ich nicht, die so ein kulturelles, künstlerisches Potenzial hat wie Halle. Das finde ich enorm spannend, aber man belässt es im Prinzip dabei und setzt die Spirale nach unten ein. Wir sind mit einem Sumpf zu vergleichen, und die Erdanziehungskraft zieht uns nach unten, da können wir machen, was wir wollen. Und wenn wir es leisten können, dagegenzuhalten, uns immer wieder miteinander herauszuziehen, dann haben wir was geschafft. Dann können wir auch duschen gehen.

**Im unlängst vorgelegten Landeskulturkonzept der Fraktion DIE LINKE im Landtag Sachsen-Anhalt spielen Bildung, der Kontakt von Kindern zur Kultur eine große Rolle. Wie wichtig ist da das Theater?**

**André Bückner:** Vor 20 Jahren hatten das die Theater noch nicht so richtig erkannt, da war von Vermittlungs- oder Bildungsarbeit kaum die Rede. Mittlerweile gibt es kein Theater mehr, das sich nicht theaterpädagogisch engagiert, rausgeht in

die Stadt, in die Schulen, aber auch ran an die Lehrer. Wir haben 2014 in Dessau in über 400 Veranstaltungen 16 000 Kinder über die theaterpädagogischen Programme erreicht. Das sind schon enorme Zahlen, besonders in Städten, in denen es viele Probleme gibt, gerade im Hinblick auf Gewaltprävention, zivilgesellschaftliches Engagement gegen Rechts.

**Matthias Brenner:** Wir hatten eine Weihnachtspremiere hier im Neuen Theater. Da sitzen die Kinder drin und begegnen als erstes einem Teufel und seinem Sohn, der geprüft wird. Und plötzlich halten die zu dem Kleinen. Die halten zu einem Teufel, die Fünfjährigen. Das ist so großartig, wie sie der ältesten Theaterfigur mit diesem Widerspruch begegnen und einen Exkurs darüber erfahren, was Ewigkeit heißt und was Eis heißt und was ein Splitter bedeutet im Herzen. Und dass die Umwelt erkalten kann, wenn man dem Teufel nicht begegnet ist, um dagegen anzutreten.

**Sehr häufig wird an der Kultur gespart. Ein Vorwurf lautet, sie rechne sich nicht.**

**André Bückner:** Kultur »rechnet« sich natürlich nie oder nur dann, wenn alle Kosten auf die Eintrittspreise umgelegt würden. Dann kostet eine Eintrittskarte 250 Euro, und dann können wir uns ja ausrechnen, wie viele Leute sich das leisten können. Das kann ja nicht die Kultur sein, die wir wollen. Öffentlich geförderte – und ich sage bewusst nicht subventionierte, sondern öffentlich geförderte – Kultur ist etwas, das im öffentlichen Interesse der Gemeinschaft ist. Diese Kultur muss eine möglichst niedrige Zugangsbeschränkung auch über die Preise haben. In London kommen Sie kostenlos in jedes Museum. Das finde ich fantastisch! Dort hat man erkannt, dass die Kultur wertvoll, ein Wert an sich ist.

**Matthias Brenner:** »L'art, c'est de l'argent« hat Michel Piccoli mal gesagt – Kunst ist Geld, Kunst kostet kein Geld, Kunst ist Geld. Das kannst du zum Fenster rauswerfen, es kommt in Manteltaschen wieder herein. Wenn ich mit Studenten auf dem Uni-Platz rede, weiß ich, dass die nicht alle ins Theater gehen, aber sie sind ganz wesentliche Transmitter. Dieser Uni-Platz ist eingeklammert von zwei Theaterhäusern – vom Opernhaus und von uns. Das ist ein unglaublich hohes Gut, weil es ein Thema ist. Das sind Bleibegründe in einer Region, Gründe, in einer Stadt, in einer Kommune miteinander leben zu wollen. Und da muss man aufpassen, dass man die Krankenhäuser nicht abwirt-

schafft, die Universitäten, die Kultureinrichtungen. Als letztes schließen dann die Kneipen. Das wissen die wenigsten. Und dann kann man sich nicht mal mehr kollektiv besaufen.

**Das Thema Flüchtlinge polarisiert im Moment wie kein anderes und verschafft der AfD gerade im Osten enormen Zulauf. Was ist zu tun?**

**André Bückner:** Wir müssen, um überhaupt zu irgendeiner Lösung kommen zu können, weg von dieser furchtbaren Angstkultur, die wir im Moment überall vorfinden. Mit Angst kann man nichts Konstruktives machen. Angst ist eine schlimme Waffe. Vor kurzem hieß es, man müsse Angst haben, auf den Weihnachtsmarkt zu gehen, weil sich dort eingesickerte Flüchtlinge als ISIS-Kämpfer enttarnen und in die Luft sprengen. Da wird ein Länderspiel abgesagt, und keiner weiß, warum. Man muss bei dem Flüchtlingsthema die Leute mit

geschürt. Das ist einfach Hass aus Bequemlichkeit.

**Matthias Brenner:** Genau deswegen sage ich ganz öffentlich: Ich bin an einem Politikwechsel in Sachsen-Anhalt interessiert. Nicht nur, weil ich hier Kultur- und Kunstschafter bin, es hat bei mir auch eine instinktive Komponente, dass wir eine Riesenchance versäumen, wenn wir das konservieren, was da ist. Da gibt es nichts zu konservieren. Es ist nämlich nicht allzu viel da. Es ist ganz viel Kredit in Lebenslust verbraucht, und es ist ein hohes Gut, ein hohes Glück, dass man neben allem Hass, den man erleben muss, mit einer empathischen Ader ausgestattet ist. Und die kann man jetzt umsetzen. Das fällt vielen schwer, ich will sie nicht kleinreden, die Konflikte, die es in den Kommunen gibt. Aber einfach zuzumachen, dichtzumachen, zu sagen, wir bauen uns noch eine Armee um Europa, das ist der Tod, und das ist der gewählte Tod, das ist der



den Alternativen konfrontieren. Gregor Gysi hat in der Bundespressekonferenz die Frage gestellt: »Was wollen Sie machen, wollen Sie die Leute alle erschießen? Das ist die zentrale Frage, darauf fällt alles zurück. Auf die Frage, ob wir an unseren Grenzen auf Menschen schießen wollen, die zu uns kommen, um sich zu retten. Diese Frage müssen wir für uns klären. Und wenn es in Deutschland tatsächlich eine Mehrheit dafür gibt, dass wir an unseren Grenzen auf Menschen schießen, die vor Gewalt flüchten, dann wandere ich aus. Wer von uns erlebt denn schon eine Beeinträchtigung seines Lebens? Wer lebt denn jetzt schlechter, wo ein paar Hunderttausend Flüchtlinge da sind? Sind Lebensmittel rationiert, sind Autobahnen gesperrt worden? Wird man nicht mehr behandelt im Krankenhaus? Kriegt man sein Arbeitslosengeld nicht mehr? Nichts dergleichen! Dieses Land funktioniert. Und es würde auch mit noch mehr Menschen weiter funktionieren. Das ist doch gar nicht die Frage. Doch es wird mit Verlustängsten gespielt und Hass

bestellte Tod! Das sind Killer, die engagiert werden müssen, um andere Menschen abzurängen, auch billigend den Tod anderer in Kauf zu nehmen. Und das bestellen wir per Scheckkarte. Wir haben überhaupt nicht so viel auf dem Konto, um das zu bestellen. Das geht einfach nicht. Und deshalb sage ich ganz klar, hier gehört ein Politikwechsel her.

Wenn die Bundesregierung nicht ernsthaft beginnt, die Fluchtursachen wirksam zu bekämpfen, die Weltprobleme ernsthaft anzugehen, werden sie täglich verschärfter zu uns kommen, bis sie unbeherrschbar sind. Natürlich, Frau Bundeskanzlerin, können Sie das nicht allein. Das erwartet auch niemand. Aber was bereiden Sie eigentlich auf den G-7-, G-8- oder G-20-Gipfeln? Warum drängen Sie nicht darauf, wirksam gegen Krieg, Hunger, Not, Elend, Armut und Rassismus vorzugehen?  
**Gregor Gysi im Deutschen Bundestag**





### 13. März 2016 Wählen gehen – damit sich etwas verändert!

»Ich gehe nicht mehr wählen.«  
»Politiker sind doch alle gleich.«  
»Es ändert sich ja doch nichts.«

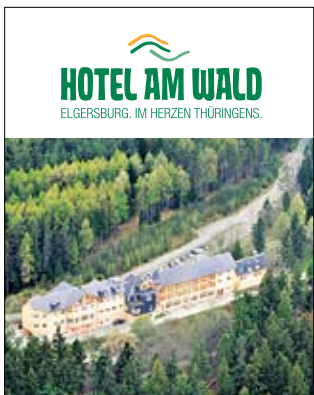
Leider höre ich das immer öfter. Aber ich will Ihnen dazu etwas sagen. Sie haben es in der Hand, ob sich etwas ändert. Wenn Sie nicht wählen gehen, werden es andere für Sie tun, die es vielleicht nicht allzu gut meinen. Oder die anderen bleiben auch zu Hause. Dann laufen Sie tatsächlich Gefahr, dass alles bleibt, wie es ist.

Politikerinnen und Politiker sind nicht alle gleich. Ich nenne Ihnen nur drei Beispiele, wo sich DIE LINKE deutlich von allen anderen Parteien unterscheidet:

- Sie hat noch nie einem Angriffskrieg zugestimmt, und sie wird das auch in Zukunft nicht tun.
- Sie kämpft für die Angleichung der Löhne und Renten im Osten an das Westniveau.
- Sie will, dass Bürgerinnen und Bürger mitbestimmen können und bundesweit Volksentscheide eingeführt werden.

Dafür steht wirklich nur DIE LINKE. Wenn Sie wollen, dass diese politischen Forderungen auch durchgesetzt werden, gehen Sie am 13. März 2016 wählen und geben Sie meiner Partei Ihre Stimmen.

*John George Gysi*



Schmücker Str. 20 · 98716 Elgersburg/Thr.  
www.hotel-am-wald.com  
https://www.facebook.com/hotelamwald  
**Telefon 03677 79800**

# Mehr Pädagoginnen und Pädagogen für gute Bildung

Die Landesregierung setzt jedes Jahr neu den Rotstift an. Sie nennt es »sparen«, angeblich, um der kommenden Generation einen ordentlichen Haushalt zu hinterlassen. Gut, könnte man meinen, würde sie nicht die Zukunft genau jener Generation wegsparen – und damit auch die Sachsen-Anhalts. Tausende Lehrerinnen- und Lehrstellen sind dieser Politik schon zum Opfer gefallen. Die Folge: Unterricht fällt aus, inzwischen fast überall im Land. Die Schülerinnen und Schüler Sachsen-Anhalts erreichten in den vergangenen Jahren in bundesweiten Vergleichen Spitzenleistungen. Es gab – neben anderen – einen wichtigen Grund dafür: ausreichend gute Lehrerinnen und Lehrer. Damit ist mittlerweile Schluss. Weder bildet das Land genügend Nachwuchs aus noch stellt es genügend neue Lehrkräfte in den Landesdienst ein.

Jedes Jahr stehen damit weniger Lehrkräfte vor den Klassen, jedes Jahr fällt mehr Unterricht aus. Das kann nicht so bleiben. Wir müssen kurzfristig etwas tun, um die größten Lücken zu schließen, und langfristig daran arbeiten, wieder eine gute Unterrichtsversorgung zu sichern. Kurzfristig heißt: Zum Schuljahr 2016/17 wollen wir mindestens 350 Lehrkräfte mehr einstellen, als es CDU und SPD planen. Auch unverständliche Hemmnisse für eine Bewerbung wol-



len wir abbauen: Alle Lehrkräfte, die wir in Sachsen-Anhalt ausbilden, und auch solche mit DDR-Lehrerausbildung wollen wir in unsere Schulen holen, wenn sie es wollen. Langfristig Vorsorge zu treffen bedeutet, die Kapazitäten an den Universitäten und in den staatlichen Seminaren schnellstmöglich dem tatsächlichen Bedarf anzupassen. Die Zahl der Schülerinnen und Schüler wird in den kommenden Jahren stabil bleiben, im Moment steigt sie sogar etwas. Darum wollen wir einen weiteren Stellenabbau im Schuldienst verhindern und wieder mindestens an das Niveau heran, das wir 2013 hatten: 14 300 Stellen. Das wird nicht einfach, zu viel ist von CDU und SPD in den vergangenen Jahren falsch gemacht worden. Doch ohne einen Kurswechsel werden wir uns von guter Bildung in Sachsen-Anhalt immer weiter entfernen.



**Thomas Lippmann**, Vorsitzender der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Sachsen-Anhalt, Kandidat für DIE LINKE zur Landtagswahl 2016



**Matthias Höhn**, Bundesgeschäftsführer der Partei DIE LINKE, Kandidat für DIE LINKE zur Landtagswahl 2016

Spionin	Rosenöl	Hochebene	Anrede Sache (lat.)	engl. Artikel	babylon. Gott	Weltmeer	Laufvogel							
LINKE-Spitzenkandidat		1			Magdeburger Wahrzeichen		Turngerät							
griech. Buchstabe	10	Waldtier			Himmelsbläue	5								
feine Textilfaser							Stiftung in Dessau							
Drei (ital.)			3	2	7		dt. Alphabet							
			8	4	6	5	9							
Luftreifen	Schmelzüberzug		7	1	4									
			7		8		3							
		6		5	9	6	4							
arab. Staat	Landeshauptstadt	Schiff-fahrtskunde			3		1							
			8	7	6	3	5							
					5	9	1							
sagenh. Sonnenland	11	Cousine (veralt.)	12	Bruderschaft in Halle	Fahrt									
Ge-schmacks-verstärker						Papst-name Ruhe								
Wagen-schup-pen	4	einbal-samier-ter Körper	Fluss in Sachsen-Anhalt	Lotterie-schein		Wind-richtung	früher							
					dt. Re-formator									
Salomo-ninsel			Honig-wein	Zwerg der Sage		Tier-kadaver	nord. Gottheit							
		röm. Liebes-gott	7		Wolle (lat.)		14							
längl. Ver-tiefung				Verord-nung			9							
Alter (engl.)		engl. Schul-stadt			Nord-osteuropa-er									
		13			3									
<b>Lösungswort</b>	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14

Die Teilnahme ist für alle möglich, ausgenommen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Geschäftsstellen der LINKEN und deren Angehörige. Bei der Auslosung der Gewinnerinnen und Gewinner sind der Rechtsweg und die Barauszahlung ausgeschlossen. Die Gewinnerinnen und Gewinner werden direkt benachrichtigt. Adressdaten werden nicht gespeichert oder weiterverwendet.

## Preisrätsel

**Zu gewinnen:**



■ eine Reise nach Brüssel mit Besuch des Europäischen Parlaments



■ eine Reise nach Berlin mit Besuch des Deutschen Bundestages



■ ein Wochenende zu zweit im Hotel »Am Wald« in Elgersburg (Thüringen)

Lösung bitte bis zum 20. März 2016 einsenden an: DIE LINKE, Sachsen-Anhalt Ebendorfer Straße 3 39108 Magdeburg oder per E-Mail an: kontakt@dielinke-lsa.de

**Impressum:** Wahlzeitung zur Landtagswahl in Sachsen-Anhalt 2016, Auflage: 25 000 Redaktionsschluss: 6. Januar 2016 Herausgeberin: DIE LINKE, Sachsen-Anhalt www.dielinke-sachsen-anhalt.de V.i.S.d.P.: Tatjana Behrend Die Nutzungsrechte nicht gekennzeichnete Bilder liegen bei der Partei DIE LINKE. Layout und Satz: DiG / TRIALON Druck: Berliner Zeitungsdruck